

Abänderungsantrag

**der Abgeordneten Mag. Ernst Gödl, Mag. Markus Koza
Kolleginnen und Kollegen**

**zum Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales (1336 d. B.) betreffend ein
Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Arbeitsmarktpolitik-
Finanzierungsgesetz und das Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter
Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut) geändert werden**

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

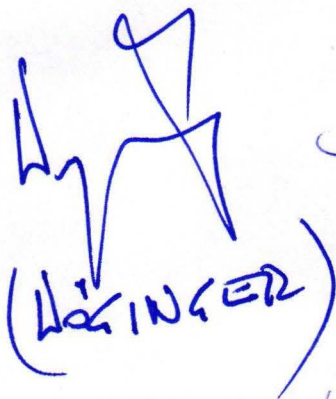
Der eingangs bezeichnete Gesetzesantrag in der Fassung des Ausschussberichtes wird wie folgt geändert:

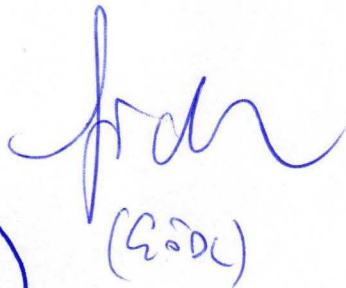
1. In Artikel 1 (Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977) wird in Ziffer 1 (§ 66 Abs. 4 AIVG) dem Abs. 4 folgender Satz angefügt:

„Diese Einmalzahlung ist unpfändbar.“

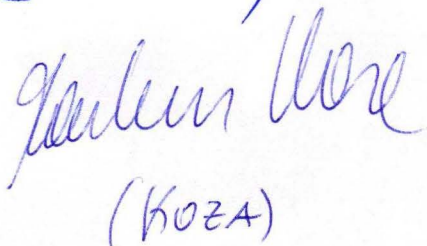
Begründung

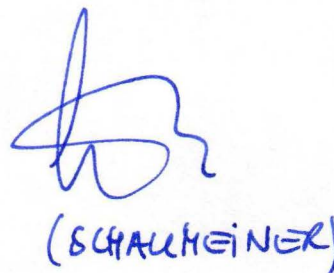
Bezieherinnen und Bezieher einer Ausgleichszulage, sowie von Krankengeld bzw. Rehabilitationsgeld sollen ebenfalls einen Teuerungsausgleich erhalten (Bericht des Sozialausschusses 1334 d. B.), der nach § 759b Abs. 4 ASVG unpfändbar ist. Dies soll auch für Bezieherinnen und Bezieher der Einmalzahlung (Teuerungsausgleich) aus der Arbeitslosenversicherung gelten.


(JÖRINGER)


(GÖDL)


(SCHEUCHER)


(KOZA)


(SCHALLHEINER)

